



WIRTSCHAFTSPOLITISCHER KOMMENTAR 18/3/2016

Finanzkrise, Flüchtlingskrise, Landtagswahlen und EU

von Norbert F. Tofall

- *Obwohl die weitere Entwicklung der AfD noch offen ist, dürfte sich die AfD bis zur Bundestagswahl 2017 zu einer rechtskonservativen sozialdemokratischen Partei mit kulturkonservativem Überbau entwickeln.*
- *Unabhängig von den Ergebnissen des Gipfeltreffens zur Flüchtlingskrise der EU-Staats- und Regierungschefs mit dem türkischen Ministerpräsidenten am 18. März 2016 dürfte die von Angela Merkel angedachte Lösung der Flüchtlingsfrage nicht lange tragen.*
- *Da uns weder Syriza oder Podemos, noch der Front National oder die AfD aus dem europäischen Krisenmodus führen werden, dürften die zerstörerischen Dynamiken und der Krisendauermodus in Europa weiter zu unserem Alltag gehören. Ein reinigendes Gewitter ist derzeit nicht in Sicht. Die Krise ist noch lange nicht bereinigt.*

Seit 2008 hat die unbereinigte Finanz- und Eurokrise europaweit eine destruktive Dynamik in Gang gesetzt, die mittlerweile in allen Politikbereichen zerstörerisch wirkt. Ob Investitionsschwäche oder Geldpolitik, Brexit oder Grexit, Flüchtlingskrise und mögliche EU-Mitgliedschaft der Türkei, ob die Wahlergebnisse für Podemos in Spanien, für den Front National in Frankreich, für Syriza in Griechenland oder für die AfD in Deutschland, all diese Phänomene sind Folgen von Problemverschleppungen, die sowohl innenpolitisch als auch außenpolitisch enorme Polarisierungen hergerufen haben. Weil die Probleme nicht gelöst werden, radikalisiert sich die innenpolitische Lage der einzelnen Länder, was den Streit zwischen den Nationen zusätzlich befeuert.

Derartige Dynamiken, welche die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft ernsthaft gefährden, können nur dann entstehen und sich mittels breiter gesellschaftlicher Bewegungen und Protestparteien ausbreiten, wenn durch Sätze wie „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa“ und „Wir schaffen das!“ oder durch das TINA-Prinzip „There is no alternative!“ die Anzahl von möglichen alternativen Problemlösungen auf null gesenkt werden soll. Quasi apokalyptische Sätze nach dem Muster, daß nur diese eine Lösung zur Rettung führt oder sonst der Untergang droht, werden immer und immer wieder wiederholt, von Gefolgsleuten nachgesprochen, von Wichtigtuern aufgegriffen und auf allen Kanälen und in allen Talkshows heruntergebetet.



Derartige Sätze verhindern die sachliche Erörterung und kritische Diskussion von alternativen Lösungsmöglichkeiten. Die Sprecher solcher Sätze geben so – ungewollt – den zerstörerischen Dynamiken eine öffentliche, mediale Deckung, hinter der sich diese Dynamiken erst richtig ausbreiten können. Denn der Versuch, die Anzahl möglicher alternativer Problemlösungen auf null zu reduzieren, führt dazu, daß auch die möglichen Alternativen nicht kritisch in der Öffentlichkeit diskutiert und geprüft werden.

Die verlautbarte Alternativlosigkeit führt sozialpsychologisch zudem zu vielen Verschwörungstheorien, mit welchen viele Zeitgenossen versuchen, sich die politische Lage zu erklären. Eine dieser Verschwörungstheorien lautet Lügenpresse. Diese Verschwörungstheorie konnte nur verfangen, weil vornehmlich in den durch Gebühren finanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten zu wenig über alternative Problemlösungsmöglichkeiten sachlich und respektvoll berichtet wurde.

So wurden und werden in Deutschland diejenigen, die sich innerhalb von CDU, CSU und FDP zwischen 2009 und 2013 kritisch mit der EURO-Rettungspolitik auseinandergesetzt und alternative Lösungsmöglichkeiten vorgeschlagen hatten, bewußt rufschädigend als Euro-Hasser und Europa-Gegner gebrandmarkt. „Keinen Zentimeter weit den Euro-Hassern!“ – „Wir sind nicht den Euro-Hassern nachgelaufen.“ Dieses Vorgehen war nicht nur moralisch fragwürdig. Es war darüber hinaus eine politische Torheit, die im Frühjahr 2013 zur Gründung der AfD führte. Und obwohl sich die AfD im Sommer 2015 bereits selbst zerlegt hatte, führte im August und September 2015 in der Flüchtlingskrise die nächste Torheit der Regierenden unter dem Titel „Wir schaffen das!“ dazu, daß die AfD seit den Landtagswahlen vom 13. März 2016 stärker dasteht als zuvor. „Wir schaffen das“ und das sogar ohne Absicht, die AfD groß zu

machen. Und anschließend schafft man es vielleicht, diejenigen die Schuld für die Wiederbelebung der AfD in die Schuhe zu schieben, die alternative Problemlösungen formuliert hatten. Aber wir schaffen es dadurch sicherlich nicht, eine tragfähige europäische Lösung in der Flüchtlingsfrage zu finden und durchzusetzen.

Das „Wir schaffen das“ war innenpolitisch nach dem uns bekannten Strickmuster auf die Diskussionsunterdrückung von alternativen Problemlösungen gerichtet. Anders als bei der Euro-Rettungspolitik und der Energiewende verfiel diese Verfahrensweise innenpolitisch aber nicht, weil die konkreten Probleme in vielen Turnhallen in vielen Orten der Bundesrepublik bereits angekommen waren.

Und außenpolitisch verfiel das „Wir schaffen das“ nicht, weil unsere europäischen Nachbarn das „Wir“ sofort als *pluralis majestatis* – also als überhöhte Form des „Ich schaffe das“ – rezipiert hatten. Denn obwohl Angela Merkel von der Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen Lösung spricht, hat sie durch ihr politisches Handeln unsere europäischen Nachbarn brüsk vor den Kopf gestoßen. Die Bundeskanzlerin wollte und will ihre eigene Lösung verbindlich für ganz Europa, was aber etwas entschieden anderes ist, als eine gemeinsame europäische Lösung.

Wer eine gemeinsame europäische Lösung ernsthaft will, muß vor der Verlautbarung des eigenen Lösungsvorschlags erst einmal mit seinen europäischen Nachbarn reden und dann auch deren Interessen berücksichtigen. Helmut Kohl hatte das seinen Männern und Frauen immer und immer wieder eingepflegt. Und Hans-Dietrich Genscher war nicht umsonst in Europa und darüber hinaus ständig auf Reisen. Angela Merkel und ihre Gefolgsleute nähern sich hingegen unbewußt Kaiser Wilhelm II., der in einer Rede am 1. August 1907 den Satz „Am



deutschen Wesen soll die Welt genesen“ populär machte. Während andere Länder seit Jahrzehnten desillusionierende Erfahrungen mit der Integration bei unregelmäßiger und massenhafter Einwanderung gemacht haben, schlägt man in Deutschland diese Erfahrungen in den Wind und verkündet naiv „Wir schaffen das“, was bei unseren europäischen Nachbarn als typisch deutsche Arroganz ankommt.

Insgesamt verwundert es deshalb nicht, daß derzeit eine Partei in Deutschland erstarkt, in welcher eine große Anzahl von Mitgliedern, insbesondere in den östlichen Bundesländern, das deutsche Wesen zum „Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen“ steigert. Obwohl die weitere Entwicklung der AfD noch offen ist, so dürfte es in der auch in anderen Ländern zu beobachtenden parteien-soziologischen Logik liegen, daß sich die AfD bis zur Bundestagswahl 2017 zumindest zu einer rechtskonservativen sozialdemokratischen Partei mit kulturkonservativem Überbau entwickelt. Eine derartige Entwicklung würde auch den ursprünglichen Überlegungen des AfD-Chefstrategen Alexander Gauland entsprechen. Die Ablehnung des Freihandelsabkommens TTIP durch die AfD liegt konsequent auf dieser Linie.

Und unabhängig von den Ergebnissen des Gipfeltreffens zur Flüchtlingskrise der EU-Staats- und Regierungschefs mit dem türkischen Ministerpräsidenten am 18. März 2016 dürfte wahrscheinlich sein, daß die von Angela Merkel angedachte Lösung der Flüchtlingsfrage unter Einbindung der Türkei nicht lange tragen wird.

Zum einen könnten mit dieser Verfahrensweise die privaten Schlepper zwar zurückgedrängt werden. Diese angedachte Lösung ist aber eine verdeckte Form von Menschenhandel, bei dem nach Griechenland gereiste Migranten zurück in die Türkei geführt und gegen in der Türkei verbliebene Syrer aus türkischen Flüchtlingsla-

gern getauscht werden. Diesen Handel läßt sich die Türkei bezahlen. Darüber hinaus könnte sich für die Türkei ein Anreiz eröffnen, trotz verschärfter Grenzkontrollen möglichst viele Syrer nach Griechenland reisen zu lassen, um nach deren Rücknahme die gleiche Anzahl von Syrern aus türkischen Flüchtlingslagern in die EU ausfliegen zu können. Zur Zeit sollen sich 2,2 Millionen syrische Flüchtlinge in der Türkei aufhalten, von denen 260 000 in türkischen Flüchtlingslagern leben. Wenn in einem Monat 100 000 syrische Flüchtlinge in Griechenland ankommen und in die Türkei zurückgeführt werden, dann können 100 000 Syrer aus der Türkei in die EU einreisen, was *ceteris paribus* heißt, daß nur noch 2,1 Millionen Syrer in der Türkei verbleiben. Sollten in Griechenland in einem Jahr 1 Millionen Syrer aus der Türkei ankommen und werden diese in die Türkei zurückgeführt, dann verbleiben anschließend 1,2 Millionen Syrer auf türkischem Hoheitsgebiet.

Zum anderen müßte aber auch die Verteilung der Flüchtlinge dauerhaft in der EU fair geregelt sein, was nach derzeitigem Stand kaum zu erwarten ist. Polen, Ungarn, die Slowakei, Tschechien, aber auch Frankreich müßten ihre derzeitigen Positionen dazu vollständig räumen, was die innenpolitische Lage in diesen Ländern nicht ansatzweise erlaubt.

Angela Merkel träumt also weiter von einem Europa, das es nicht gibt. Sie träumt genau wie bei der Euro-Rettungspolitik weiter von Lösungen, die auf der obersten Ebene der Staats- und Regierungschefs gefällt werden, wobei sie annimmt, daß die Europäische Union ein Zentralstaat sei und sein könne, in dem zentralstaatliche Planungsentscheidungen nur von oben herunter durchgesetzt werden müssen. Diese Illusion und Realitätsverweigerung, welche die Vielgestaltigkeit Europas ignoriert, hat bereits in der Finanz- und Eurokrise zu fatalen Fehlentscheidungen geführt. Europa und die EU wurde



dadurch in den Krisendauermodus geführt. Anstatt über Regeln und Regelsysteme zu diskutieren, die das friedliche und schrittweise Zusammenwachsen von sehr unterschiedlichen Ländern auf einer gemeinsamen Wertegrundlage ermöglichen, entstehen außenpolitische Polarisierungen, die wir in Europa eigentlich überwunden haben wollten.

Da uns weder Syriza oder Podemos, noch der Front National oder die AfD aus dieser Situation herausführen werden, dürften die zerstörerischen Dynamiken und der Krisendauermodus in

Europa weiter zu unserem Alltag gehören. Ein reinigendes Gewitter ist derzeit nicht in Sicht. Die Krise ist noch lange nicht bereinigt.



RECHTLICHE HINWEISE

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen und zum Ausdruck gebrachten Meinungen geben die Einschätzungen des Verfassers zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Angaben zu in die Zukunft gerichteten Aussagen spiegeln die Ansicht und die Zukunftserwartung des Verfassers wider. Die Meinungen und Erwartungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen Dokumenten der Flossbach von Storch AG dargestellt werden. Die Beiträge werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. (Mit diesem Dokument wird kein Angebot zum Verkauf, Kauf oder zur Zeichnung von Wertpapieren oder sonstigen Titeln unterbreitet). Die enthaltenen Informationen und Einschätzungen stellen keine Anlageberatung oder sonstige Empfehlung dar. Eine Haftung für die Vollständigkeit, Aktualität und Richtigkeit der gemachten Angaben und Einschätzungen ist ausgeschlossen. **Die historische Entwicklung ist kein verlässlicher Indikator für die zukünftige Entwicklung.** Sämtliche Urheberrechte und sonstige Rechte, Titel und Ansprüche (einschließlich Copyrights, Marken, Patente und anderer Rechte an geistigem Eigentum sowie sonstiger Rechte) an, für und aus allen Informationen dieser Veröffentlichung unterliegen uneingeschränkt den jeweils gültigen Bestimmungen und den Besitzrechten der jeweiligen eingetragenen Eigentümer. Sie erlangen keine Rechte an dem Inhalt. Das Copyright für veröffentlichte, von der Flossbach von Storch AG selbst erstellte Inhalte bleibt allein bei der Flossbach von Storch AG. Eine Vervielfältigung oder Verwendung solcher Inhalte, ganz oder in Teilen, ist ohne schriftliche Zustimmung der Flossbach von Storch AG nicht gestattet.

Nachdrucke dieser Veröffentlichung sowie öffentliches Zugänglichmachen – insbesondere durch Aufnahme in fremde Internetauftritte – und Vervielfältigungen auf Datenträger aller Art bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung durch die Flossbach von Storch AG

© 2016 Flossbach von Storch. Alle Rechte vorbehalten.

IMPRESSUM

Herausgeber Flossbach von Storch AG, Research Institute, Ottoplatz 1, 50679 Köln, Telefon +49. 221. 33 88-291, research@fvsag.com; *Vorstand* Dr. Bert Flossbach, Kurt von Storch, Dirk von Velsen; *Umsatzsteuer-ID* DE 200 075 205; *Handelsregister* HRB 30 768 (Amtsgericht Köln); *Zuständige Aufsichtsbehörde* Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Marie-Curie-Straße 24 – 28, 60439 Frankfurt / Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn, www.bafin.de; *Autor* Norbert F. Tofall; *Redaktionsschluss* 18. März 2016